



Keine „Ausweitung der Kampfzone“ in den Jemen

Pressemitteilung von Sevim Dagdelen, 27. Januar 2010

„Statt sich an den militärischen Operationen Enduring Freedom (OEF) und zur ‚Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias am Horn von Afrika im Golf von Aden‘ (ATALANTA) zu beteiligen und Militärhilfe für den Jemen zu leisten, sollte die Bundesregierung die Mittel für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung zur Verfügung stellen,“ erklärt Sevim Dagdelen, Sprecherin der Fraktion DIE LINKE für internationale Beziehungen und Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages, anlässlich der heute in London stattfindenden Konferenz zum Jemen. „Wer die Sicherheitslage im Jemen verbessern will, sollte langfristige strukturelle Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut und Elend unterstützen.“ Dagdelen weiter:

„Der Jemen ist nicht erst seit der Nahrungsmittelkrise 2008 von Lebensmittelimporten abhängig. Doch haben diese und die Finanzkrise die Lebenssituation der Bevölkerung weiter erheblich verschlechtert. Die Folge sind eskalierende soziale Konflikte, vor allem in Regionen im Süden und im Nordwesten des Landes,

deren Bewohner von der Regierung besonderen Diskriminierungen und Repressionen ausgesetzt sind.

Doch der Bundesregierung geht es nicht um die Bekämpfung von Hunger und Elend. Stattdessen wird die Ausweitung der Kampfzone im ‚Krieg gegen den Terror‘ in Kauf genommen, den die US-Regierung nach dem gescheiterten Anschlag des ‚Unterhosenbombers‘ nun auch im Jemen führen will.“